

Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus und -populismus

Rechtsextremismus ist ein komplexes Phänomen, das in mehreren Erscheinungsformen auftritt, unter denen die Gesinnung (Ideologie), die politische Organisation (Parteibildung) sowie die (gewalttätige) Aktion hervorstechen. In der unter Fachleuten sehr kontrovers verlaufenden Diskussion über die Entstehung bzw. Entwicklung rechtsextremer Einstellungen, Haltungen und Handlungen kann man zwei Grundrichtungen unterscheiden:

1. Die herrschende Lehre, nach der sich Regierungen, Verwaltungen und Strafverfolgungsbehörden in der Bundesrepublik üblicherweise richten, erklärt den Rechtsextremismus kurzerhand zu einem Rand(gruppen)problem, das eine Abweichung von der Normalität darstellt, räumlich und/oder zeitlich „hier und heute“ nur eine Nebenrolle spielt und keinesfalls in der bestehenden Staats-, Wirtschafts- bzw. Gesellschaftsordnung wurzelt. Zu den dominanten Ansätzen zählen beispielsweise die im sog. Kalten Krieg fast konkurrenzlose Extremismus- bzw. Totalitarismustheorie, aber auch Deutungsmuster, die den Blick auf „den Protestwähler“ und/oder die Orientierungslosigkeit von Jugendlichen richten. Ins Visier geraten dann vornehmlich militante Organisationen und gewaltbereite Jugendliche, etwa rechte Skinheads, die spektakuläre Straftaten begehen, oder Parteien wie die REPublikaner, die DVU und die NPD, besonders dann, wenn sie – wie das wellenartig, also in unregelmäßigen Abständen, geschieht – sensationelle Wahlerfolge feiern.
2. Dagegen führen (system)kritische Beobachter/innen den Rechtsextremismus auf Herrschaftsstrukturen, Machtkonstellationen und parlamentarische Mehrheitsverhältnisse, d.h. darauf zurück, wie die „Mitte der Gesellschaft“ (re)agiert. Die ökonomische Grundstruktur bzw. die konjunkturelle Situation eines Landes, das dort nicht zuletzt wegen der aktuellen Wirtschaftsentwicklung herrschende soziale Klima und seine politische Kultur bilden m.E. eine analytische Trias, die Erscheinungsformen, Einflussmöglichkeiten und Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus verständlich macht. Wenn man prognostische Aussagen über diesen treffen will, tut man deshalb gut daran, alle genannten Bereiche in den Blick zu nehmen und ihre Wechselwirkungen aufeinander zu berücksichtigen.

Falsch und politisch irreführend ist es, den Rechtsextremismus als *Desintegrations*phänomen oder als *Jugend*problem zu begreifen, das mit deviantem Verhalten oder pubertärem Überschwang zu tun hat. Der organisierte Kern ist auch keine *Protest*bewegung, die sich für sozial benachteiligte Deutsche einsetzt. Vielmehr grenzt er Einheimische mit Behinderungen, (psychisch) Kranke, Obdachlose,

Homosexuelle, Juden und Flüchtlinge gleichermaßen aus, will ihnen staatliche Leistungen vorenthalten und/oder sie durch Zwangsmaßnahmen disziplinieren. Es geht also beim Rechtsextremismus nicht etwa um eine Negation, sondern gerade um die – manchmal bis zur letzten, tödlichen Konsequenz getriebene – Realisation herrschender Normen (Beurteilung einer Person nach der ökonomischen Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit bzw. Systemangepasstheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.

Um den zeitgenössischen Rechtsextremismus genauer im politischen Raum verorten sowie seine Entstehungsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten beurteilen zu können, muss die Forschung auf *drei* Untersuchungsebenen ansetzen: der ökonomischen, der sozialen und der politischen. Hier wird deshalb für ein Erklärungsmodell plädiert, das von der Konkurrenz als entscheidender Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausgeht, dadurch (mit)bedingte Veränderungen bzw. Verschlechterungen des sozialen Klimas jedoch genauso berücksichtigt wie die Traditionsbestände der politischen Kultur in Deutschland.

1. Die forcierte (Standort-)Konkurrenz im globalisierten Kapitalismus

Momentan ist die Ausgangslage des Rechtsextremismus vor allem durch eine verschärfte Konkurrenz auf den Weltmärkten (Stichwort: „Globalisierung“), eine sich im Gefolge dieser neoliberalen Modernisierung zuspitzende sozial(räumlich)e Polarisierung sowie eine partielle Renationalisierung der öffentlichen Diskurse (Wiederentdeckung des Stolzes auf seine Nationalität bzw. den „Standort D“ und Rückbesinnung auf die eigene „nationale Identität“) unter Einschluss der etwa im Demografie- sowie im Migrationsdiskurs sichtbaren Tendenz zur Biologisierung und Ethnisierung sozialer Beziehungen gekennzeichnet, was ihm auf absehbare Zeit gute Entfaltungsmöglichkeiten und Erfolgchancen garantiert, wenn er seine Strategie und Taktik darauf einstellt.

Die für den Rechtsextremismus konstitutiven Aus- bzw. Abgrenzungsideologien wie der Rassismus oder der Sozialdarwinismus sind in letzter Konsequenz auf die Konkurrenz zurückzuführen, welche eine notwendige – wohlgerneht: keine hinreichende – Bedingung für die Herausbildung solcher Handlungsanleitungen und Legitimationskonzepte zur Ausgrenzung von (ethnischen) Minderheiten bzw. Leistungsschwächeren darstellt. Die auch von seinen schärfsten Kritiker(inne)n bewunderte Produktivität, Flexibilität und Vitalität des kapitalistischen Wirtschafts- bzw. Gesellschaftssystems beruht auf der Konkurrenz, die seine Mitglieder nicht ruhen lässt, sie vielmehr zum permanenten Kampf „jeder gegen jeden“ zwingt und als stärkste Triebkraft wissenschaftlich-technischer Innovationen und unternehmerischer Investitionen fungiert. Dysfunktional wirkt dagegen, dass sich

die soziale Kohäsion einer Industrienation im „Säurebad der Konkurrenz“ (Karl Marx) zersetzt, Ideale wie Solidarität, Gerechtigkeit und Humanität auf der Strecke bleiben und eine systemimmanente Selektion stattfindet, die eine vertrauensvolle Kooperation selbst zwischen Angehörigen derselben Bevölkerungsschicht verhindert, zumindest aber erschwert.

2. Die soziale Kälte der Hochleistungs-, Markt- und Konkurrenzgesellschaft als Nährboden für Radikalisierungstendenzen

Die neoliberale Modernisierung verschärft nicht nur die Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Wirtschaftsstandorten und -subjekten, sondern führt auch zu einer sozialen Polarisierung, einer Prekarisierung der Arbeit (Zunahme von geringfügiger Beschäftigung, von Teilzeit-, Leih- und Zeitarbeit sowie Mini-, Midi- und Ein-Euro-Jobs) sowie einer Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung bei gleichzeitiger Explosion von Unternehmensgewinnen und Aktienkursen, also einer weiteren Konzentration von Kapital und Vermögen bei Wohlhabenden und Reichen.

Gegen Ende des 20./Anfang des 21. Jahrhunderts rückte die völkische Kapitalismuskritik wieder stärker in das Blickfeld der Rechtsextremisten, was sich in einem Strategiewechsel von Gruppierungen wie der NPD und einer thematischen Schwerpunktverschiebung von der „Ausländer-“ zur „sozialen Frage“ niederschlug. Freilich hat die *soziale* Frage, mit der sich die Not von Millionen Erwerbslosen, Niedriglöhner(inne)n und armen Familien verbindet, im rechtsextremen Politikmodell keinen Eigenwert; sie ist der *nationalen* Frage, verstanden als Auftrag zur Bildung einer „Volksgemeinschaft“, vielmehr total untergeordnet. Ginge es nach der NPD, würden die Deutschen nach diesem historischen Vorbild heute eine „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“ bilden, um in deren Schoß den Stürmen der ökonomischen Globalisierung standhalten zu können.

3. Erblasten der politischen Kultur in Deutschland

Hass, Aggressivität und Brutalität gegenüber (ethnischen) Minderheiten erzeugt die stärkere ökonomische Rivalität im Zeichen der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung nur, weil in den meisten Ländern außer den materiellen Voraussetzungen ein geistiger Nährboden dafür existiert. Hier liegt auch ein Hauptgrund dafür, dass der Rechtsextremismus in Wirtschaftskrisen besonders gedeiht, ohne zwangsläufig an die Macht zu kommen, wenn der Gesellschaft ein konjunktureller Abschwung oder ein historischer Niedergang droht. Vielmehr bedarf es politisch-kultureller Traditionen, die dafür sorgen, dass keine anderen, etwa demokratisch-sozialistische

Deutungsmuster, dominant werden, damit eine Krisensituation mittels rassistischer, nationalistischer und biologistischer Kategorien erklärt bzw. kollektiv „verarbeitet“ wird.

Neben den ökonomischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die im Zuge der Globalisierung eine neue Gestalt annehmen, prägt die politische Kultur eines jeden Landes seine extreme Rechte, deren Ideologie, Organisationsstruktur und Führungspersonal, aber auch die Art und Weise, wie ihr demokratische Kräfte begegnen. Erblasten der politischen Kultur in Deutschland waren und sind trotz der vor allem durch die Jahreszahlen 1918/19 und 1945 markierten Zäsuren und der „Kulturrevolution“ durch die Außerparlamentarische Opposition (APO) von 1968 zum Teil noch immer: ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, die Fixierung auf Staat (Etatismus) und Obrigkeit (Untertanenmentalität), politischer Konformismus und übertriebene Harmoniesucht, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum (rechtlichen) Formalismus, die preußische Ordnungsliebe sowie eine Schwäche vieler Männer für militärische Disziplin. Sie gipfelten in einem aggressiv-militanten Nationalismus, weil Deutschland als „verspätete Nation“ (Helmuth Plessner), von der Ungleichzeitigkeit zwischen kapitalistischer Industrialisierung und Demokratisierung geprägt, im Wilhelminismus und im sog. Dritten bzw. Großdeutschen Reich wenn nötig auch mit Waffengewalt einen „Platz an der Sonne“ – das meinte: Weltmachtstatus – zu erlangen suchte.

Bei jener neudeutschen Ideologie, die heute fast alle Lebensbereiche durchdringt, handelt es sich weder um jenen „klassischen“ Deutschnationalismus, der schon im Kaiserreich parteiförmig organisiert war und von gesellschaftlich einflussreichen Kräften neben den Parteien, etwa dem Deutschen Flottenverein oder dem Alldeutschen Verband, propagiert wurde, noch um einen aufgeklärten Wilhelminismus, vielmehr um eine umfassend modernisierte Variante nationalistischen Bewusstseins, die sich der Öffentlichkeit als legitime Reaktion auf eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz präsentiert. Die Totalidentifikation mit der Nation ist wieder ausdrücklich erwünscht, geht es doch darum, nicht nur die Transformation der Bundeswehr zur Interventionsarmee zu flankieren, sondern auch den Weltmarkt zu erobern und im Kampf mit anderen „Wirtschaftsstandorten“ alle Kräfte zu mobilisieren. Von den Sportnachrichten über die Modeberichterstattung bis zum Wirtschaftsteil der Tageszeitungen dominiert daher die Botschaft, dass man auf Leistungen *deutscher* Mitbürger/innen, handle es sich nun um Boxchampions, Topmodels oder Spitzenmanager, stolz sein und ihnen auf dem eigenen Tätigkeitsfeld nacheifern soll. „Privatinitiative“, unbedingter Leistungswille, berufliche Flexibilität und geografische Mobilität sowie der Verzicht auf „Besitzstände“ sind angeblich notwendig, um auf den Weltmärkten bestehen zu können.

Das in der Bundesrepublik stärker als in den meisten anderen Ländern verbreitete Bewusstsein, auf den internationalen Märkten einer „Welt von Feinden“ gegenüberzustehen und durch (den sprichwörtlichen deutschen) Erfindungsgeist, besondere Tüchtigkeit, größeren Fleiß und noch mehr Opferbereitschaft die Überlegenheit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes unter Beweis stellen zu müssen, bildet die Grundlage des Standortnationalismus. Es handelt sich hierbei um ein Konkurrenzdenken, das total auf den „eigenen“ Wirtschaftsstandort fixiert ist, von der Bevölkerungsmehrheit einen Verzicht auf Wohlstandszuwächse fordert und eine primär dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit steigernde (Regierungs-)Politik favorisiert. Wenn das Wohl und Wehe des „Standorts D“ im Mittelpunkt aller Bemühungen um die Entwicklung der Gesellschaft steht, sind die (arbeitenden) Menschen nebensächlich, hohe Gewinnmargen der (Groß-)Anleger jedenfalls erheblich wichtiger und andere Länder nur Weltmarktkonkurrenten, die es niederzuringen gilt.

Auszug aus: Christoph Butterwegge, Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus, in: ders./Gudrun Hentges (Hrsg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills (Verlag Barbara Budrich) 2008